

aussehen, für die symbolisch die Daten des 20. Juli und des 17. Juni stehen mögen? Wir sind sicher, Herr Ministerpräsident, daß Sie uns wichtige Anregungen geben werden. Daher haben wir Sie heute eingeladen und freuen uns sehr, daß Sie zu uns gekommen sind. Ich darf Sie nun bitten, zu uns zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Sehr verehrter Herr Vergin, verehrte Abgeordnete Gleicke, meine Herren Abgeordneten und meine Herren Sachverständigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch von mir noch einmal: entschuldigen Sie, wir standen abflugbereit in Frankfurt, aber ein technischer Defekt hat uns nicht abfliegen lassen und wenn nicht die Geschicklichkeit des Abgeordneten Koschyk gewesen wäre, hätten wir auch im nachfolgenden Flugzeug keine Plätze mehr bekommen. Die anderen sind noch in Frankfurt, entschuldigen Sie.

Zunächst Dank für die Einladung, hier zu sprechen. Schon der Ort macht einen nachdenklich. Ich war hier schon zweimal beim Staatsratsvorsitzenden, auch hier in diesem Saal. Ich spreche heute zunächst als Angehöriger einer Generation, die noch direkt Erinnerung an Krieg und Nationalsozialismus hat, an Eltern, die ich nicht verstand, weil ich nicht „antreten“ durfte, weil man behauptet hat, ich sei asthmakrank und ich war gar nicht asthmakrank. Insbesondere die Erinnerung an diese Zeit war für mich in der alten Bundesrepublik motivierend. Jetzt kommt die Erinnerung an den SED-Staat, an Bautzen und an Buchenwald, an Mauer und Todesstreifen hinzu. Eine Erinnerung, die sehr viel mehr Menschen noch gegenwärtig ist. Es tut mir leid, daß ich die Diskussion, die Beiträge von Herrn Dohnanyi und von Herrn Gauck nicht voll gehört habe, zwei Persönlichkeiten, die Wichtiges dazu zu sagen haben, wie ich weiß. Ich möchte der Enquete-Kommission, deren Arbeit ich aufmerksam verfolgt habe bei ihren Besuchen in Erfurt und Buchenwald, ausdrücklich danken. Von Vaclav Havel stammt der Satz: die Dinge müssen auf den Tisch gelegt werden, damit man sie wegräumen kann. Ich danke Ihnen und ich denke, ich darf das für alle Ministerpräsidenten tun, daß Sie sich bemühen, die Dinge auf den Tisch zu bringen. Ich danke der Enquete-Kommission für die Arbeit, mit der sie eine Barriere gegen das Vergessen, auch gegen Verdrängungsmechanismen errichten wollen, um festzuhalten was war und wie es dazu kommen konnte und vor allem, um dafür Sorge zu tragen, daß es nie wieder geschieht.

Heute im achten Jahr der Einheit gibt es manche Bestrebung, die DDR-Diktatur zu verharmlosen. Es ist die Rede vom demokratischen Sozialismus, der nur schlecht realisiert wurde. Die erlebte Wirklichkeit war anders, die Öffnung der Archive der Zugang zu den Quellen ermöglicht ein präzises Bild dieses DDR-Sozialismus. Wir dürfen bei aller Dringlichkeit der alltäglichen Aufgaben, die uns in der Tat noch immer voll und ganz täglich fordert, die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen. Wir dürfen nicht meinen, durch Vergessen vorgeblichen Frieden stiften zu können. Das Stasi-Unterlagengesetz und die Errichtung der im Volksmund als Gauck-Behörde bezeichneten Institutionen haben sich als Glücksfall erwiesen. Beides sind Notwendigkeiten, die sich

aus der friedlichen Revolution von 1989 ergeben. Und mich erreichen täglich Briefe von Menschen, die heute noch unter den Folgen des damals geschehenen Unrechts leiden. Es ist notwendig, den vollen Umfang des Unrechts zu erkennen, ehe man an einen Schlußstrich denken kann. Und ihn müssen die Opfer und ihn dürfen nicht die Täter ziehen. Ich selber füge aus meiner Situation heraus hinzu, dies ist eine Frage, bei der wir auf die Menschen hören müssen, die in der DDR gelebt haben und bei der wir, die dort nicht gelebt haben, uns mit Urteilen und Empfehlungen sehr zurückhalten sollten. Wir wissen nicht, was wir sagen würden, wenn wir unter den Bedingungen gelebt hätten, unter denen die Menschen bis 1989 in der DDR gelebt haben. Es ist wichtig, daß die Opfer rehabilitiert werden, daß sie, wo das möglich ist, entschädigt werden: häufig wird eine solche Entschädigung nicht möglich sein, wir stehen vor der Schwierigkeit klar zu machen, daß man nicht alles, was geschehen ist, entschädigen und wiedergutmachen kann. Um so notwendiger ist es, Zeichen zu setzen. Vor ein paar Tagen habe ich den ersten Zwangsausgesiedelten aus dem ehemaligen Grenzgebiet der DDR sogenannte Zuwendungsbescheide übergeben, d. h. einen Scheck von 4.000 DM. Meine Damen und Herren, niemand soll sagen, das sei eine Wiedergutmachung für die „Aktion Ungeziefer“ und für die „Aktion Kornblume“ und für die Vertreibung von einer Stunde auf die andere aus dem Sperrgebiet, nur weil man die Häuser und Gärten schleifen wollte, um Schußfeld frei zu machen. Aber es ist ein Zeichen, daß wir das heute als Unrecht erkennen und daß wir wenigstens guten Willen zeigen wollen, das ist notwendig. Mich hat bewegt, daß die, die da bei mir waren und sich hinterher bedankt haben, gesagt haben, bitte tun Sie eines, sagen Sie das in ganz Deutschland, damit dieses Zeichen nicht nur im Freistaat Thüringen, sondern in allen deutschen Ländern, die Grenzberührung hatten, gesetzt wird. Wir müssen alles daran setzen, daß dies alles nicht dem Vergessen anheim fällt. Deswegen bin ich auch der Meinung, es ist richtig, die Verjährungsfrist noch einmal zu verlängern. Wir haben diesbezüglich im Thüringer Landtag in der großen Koalition gemeinsam Initiative ergriffen, wir haben im Bundesrat Initiative ergriffen und ich hoffe, daß Bundesregierung und Bundestag das aufnehmen. Ich weiß, der von mir sehr geschätzte Herr Gauck ist hier anderer Meinung, aber das macht ja nichts. Meine Damen und Herren, es geht mir nicht um die Zahl der Fälle, sondern es geht mir um das Respektieren des Wunsches der Menschen in Thüringen, respektive der anderen Länder. Setzt ein Zeichen und verlängert um zwei Jahre!

Ich erinnere an 1989, Ende des Kalten Krieges, Ende der Nachkriegszeit, aber sicher nicht das Ende der Geschichte, auch nicht der Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Jahrhunderts. Jorge Semprun, der spanische Dichter und spanische Kulturpolitiker, der wesentlich in Frankreich lebt, Häftling in Buchenwald war, 1994 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekam, hat in seiner Rede aus diesem Anlaß in der Paulskirche darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk das einzige Volk Europas sei, das sich mit beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen muß. Wie notwendig diese Auseinandersetzung mit der Geschichte in Deutschland, aber auch in Euro-

pa und darüber hinaus ist, hat beispielsweise die Kontroverse um das Buch von Goldhagen gezeigt, aber auch die Debatte um Denkmäler wie das Holocaust-Denkmal in Berlin, um Museen, Gedenkstätten und Symbole, auch die Kontroverse um die deutsch-tschechische Erklärung. Ich halte diese Erklärung zwar für bedeutsam, aber nicht für einen Abschluß. Hinter ihr steht ein Doppelpunkt, kein Ausrufezeichen. Die Erklärung hat aber auch die auf beiden Seiten verdrängten Tabus sichtbar gemacht. Ich sehe in der Erinnerungsarbeit, in der abschließenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine wesentliche Aufgabe unserer Gesellschaft, die durch die teilweise Ungleichzeitigkeit der Wahrnehmung, durch die Unterschiede in der Erinnerungskultur in den alten und den jungen Ländern nach 40jähriger Trennung natürlich nicht einfacher geworden ist. Aber auch wenn sie nicht einfacher geworden ist, wir können unsere gemeinsame Zukunft nicht auf Irrtümern, Erinnerungslücken, Beschönigungen, Legenden oder gar Lügen aus Unkenntnis der Fakten aufbauen, aber auch nicht auf historisch-politisches Desinteresse. Wer das Feld der Vergangenheit der Zeit des Nationalsozialismus wie der Zeit der jüngsten deutsch-deutschen Geschichte nicht aufarbeiten will, überläßt es dem Unkraut der Legendenbildung und durch solche Legenden entfalten sich bekanntlich negative, zersetzende Kräfte. Wir hatten gestern den 9. November. Gott sei Dank wurde des Synagogenbrands gedacht, aber, meine Damen und Herren, man kann auch an den 9. November 1918 erinnern, an das Unkraut der Legendenbildung jener Zeit. „Novemberverbrecher“, „im Felde unbesiegt“, Dolchstoßlegende, alles nicht aufgearbeitete Vorgeschichte von 1932/33.

Das Erinnern hat vielfältige Formen. Gedanken brauchen auch Anlässe, brauchen Symbole, Gesten, Reden, Jahrestage, Orte, die die Gegenwart der Vergangenheit deutlich machen, wie Alfred Grosser einmal gesagt hat. Manche Daten und Orte haben ein eigenes Gewicht. Herr Vergin hat auf den 17. Juni hingewiesen, der eben mehr als ein symbolisches Datum gewesen ist. Gleichwohl halte ich es persönlich für richtig, daß wir ihn nicht als Feiertag nach der Wiedervereinigung beibehalten haben. Obwohl es der Mentalität der Deutschen schon entspräche, keinen Tag zu wählen, über den man sich freuen kann. Der 20. Juli ist benannt worden. Der Tag, an dem der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einen dramatischen Höhepunkt im Attentat auf den Vollstrecker des Bösen, wie Hans Bernd von Haefen formulierte, gefunden hat und der ja heute bündelt, was an Widerstand und Attentaten seit 1933 bis 1945 unternommen worden ist. Aber auch er eignet sich nicht als Nationalfeiertag. Gott sei Dank gab es den 20. Juli, aber er war erfolglos. Gestern der 9. November, ein Tag, ich sagte es gerade, der mehrfach besetzt ist: die Judenpogrome, die „Reichskristallnacht“, der Tag des Mauerfalls. Auch er wäre als Feiertag denkbar, aber, meine Damen und Herren, es ist nicht gut, einen mehrfach besetzten Tag zum gemeinsamen Feiertag aller Deutschen zu machen, weil die Gefahr besteht, daß Unterschiedlichem gedacht wird. Und schließlich der 3. Oktober, der Tag der deutschen Einheit, er wird sicher noch auf Jahre dazu dienen, an 1989 zu erinnern, sich damit auseinanderzusetzen, was damals geschah und zu fragen, wie weit die Einheit fortgeschritten ist. Und doch mei-

ne ich, als einer, der jetzt seit 1990 an diesem Tag zu reden hat, wir sollten daran denken, diesen Tag nicht nur zum Erinnerungstag an den 3. Oktober 1990 zu machen, sondern zu überlegen, ob es nicht langsam an der Zeit ist, den Tag zu einer Ortsbestimmung der Situation unseres ganzen Vaterlandes werden zu lassen und einen Tag der Zukunft Deutschlands aus ihm zu machen.

Die Erinnerungslandschaft wird durch Gedenktage, aber eben auch durch Orte des Gedenkens strukturiert. Konzentrationslager als Mahnmale des Terrors, als Orte der Erinnerung an die Opfer, als Orte der Trauer für die Angehörigen, Orte, für deren Erhaltung wir eine besondere Aufgabe und Verpflichtung haben. Meine persönliche Meinung stimmt offensichtlich mit der von Herrn Dohnanyi überein. Ich habe in Amerika und anderswo immer gegen ein Holocaust-Museum argumentiert. In Amerika ja, aber hier, wo wir so schreckliche Originale des Verbrechens haben, darf ein Holocaust-Museum nicht in Gefahr geraten, daß man nicht mehr nach Buchenwald und Sachsenhausen und Dachau und die anderen Stätten geht, das ist mein Grund. Dazu gehören die Orte des Gedenkens hier in Berlin, es ist wohl schon davon gesprochen worden, Plötzensee, Wannsee-Villa, der Bendlerblock, die ehemalige Gestapozentrale. Dazu gehören im anderen Sinn – und bei einer Frage vorhin wurde das schon angeschnitten und deswegen freut es mich, das zu unterstreichen – aber bitte auch Orte wie die Paulskirche, das deutsche Nationaltheater in Weimar und zuvor die Wartburg und das Hambacher Schloß. Es gab eine intensive Diskussion zur Amtszeit von Bundespräsident Heinmann, der damals zu Besuch auf dem Hambacher Schloß gewesen ist. Er hat sich für Rastatt entschieden. Wir haben dann 1982 das Hambacher Schloß doch aufgebaut und es ist eines der besuchtesten Orte in der Bundesrepublik Deutschland. Und die Wartburg, die ja nicht zugänglich war: 60 Millionen Deutschen waren bis heute dort. Es ist heute, ich glaube nach Neuschwanstein, der zweitbesuchteste Platz dieser Art in ganz Deutschland. Schwarz-Rot-Gold schwingt in die Wartburg, in das Hambacher Schloß, in die Paulskirche mit hinein. Natürlich muß man auch das Brandenburger Tor nennen, das die Geschichte zum Symbol der Einheit und der Freiheit und der Demokratie gemacht hat. Ich glaube, wir brauchen solche Symbole und ich möchte übrigens darauf aufmerksam machen, sie sind auch keineswegs vergessen und unbeachtet, sondern zumindestens für die genannten kann man sagen, daß eine Großzahl von Deutschen jedes Jahr zu ihnen kommt.

Zum Erinnern gehören Gesten, Reden, Zeichen. Es war vorhin von Brandts Kniefall in Warschau die Rede. Man könnte, was Reden betrifft, auch an die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 erinnern, man könnte an Kennedy's Satz „Ich bin ein Berliner“ erinnern, man könnte auf die nach wie vor beeindruckenden Besuch von Reagan auf dem Hambacher Schloß mit 10.000 Jugendlichen erinnern. Vor ein paar Wochen war ich aus Anlaß einer Präsentation in Prag. In der deutschen Botschaft steht noch ein Trabi als Symbol und Erinnerung an jene Trabis, mit denen die Menschen im Herbst 1989 nach Prag kamen und die dann verlassen überall in der Stadt zurückblieben. Dort steht in der deutschen Botschaft der Baum, an dem

die Botschaftflüchtlinge ihre Hausschlüssel gehängt haben, zum Zeichen, daß es kein Zurück mehr gab. Jetzt zum 3. Oktober habe ich 30 dieser Leute, die die Schlüssel dort hingehangen haben, eingeladen, wieder mit zu diesem Baum zu kommen. Ganz anders als diejenigen, die die DDR früher verlassen mußten, sind sie nahezu alle natürlich wieder nach Hause zurückgekommen, denn es waren ja nur Monate, daß sie das nicht konnten. Auch das ist, glaube ich, eine Geste, die zum lebendigen Zeichen wird, das fortwirkt und das etwas auslöst.

Peter Steinbach, der wissenschaftliche Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand hier in Berlin, hat einmal gesagt, Erinnerung ist kein Sonntagsgeschäft. In der Tat, das ist es nicht. Auch Denkmälern an symbolischen Orten, beispielsweise in den Innenstädten, kommen Bedeutung zu, weil sie das Gedenken in den Alltag holen. Nur, meine Damen und Herren, wir leben in einem Land schrecklichen Mißbrauchs mit Denkmälern in den Städten und wir sollten beim Aufbau neuer Denkmäler nach dem sie teilweise zweimal in 50 Jahren abgeräumt werden mußten, sehr vorsichtig sein. Symbolische Orte des Geschehens können aber, so bedeutsam sie auch sind, authentische Orte nicht ersetzen, wie Volkhard Knigge, der Direktor der Gedenkstätte Buchenwalds einmal zu Recht gesagt hat. Salomon Korn vom Zentralrat der Juden in Deutschland hat einmal gesagt, sofern nicht religiös gestützt, gilt für das Gedenken Friedrich Nietzsches Feststellung, „nur was nicht aufhört weh zu tun, bleibt im Gedächtnis“. Seit der Wende sind Denkmäler, Gedenkstätten und Ausstellungen hinzugekommen, Grenzlandmuseen, die wir als Bezugspunkte bewahren und erhalten sollten, es gibt solche an der sehr langen Grenze, die Thüringen zum Westen hat, die Hälfte der Grenze der DDR zur Bundesrepublik ist Thüringisches Gebiet. Es sind solche Gedenkstätten zu finden, in Teilstungen beispielsweise, in Mödlareuth, an einem geteilten Ort an der Grenze zu Franken oder auch Point Alpha, der östlichste Punkt der amerikanischen Armee, wo sich als einzigem Punkt in der ganzen Welt auf Sichtweite amerikanische und russische Soldaten lange Zeit gegenüber standen. Übrigens nicht in Thüringen, sondern natürlich, weil es amerikanische Truppen waren, in Hessen gelegen.

Für mich laufen viele Fäden dieses Dialogs, der Vorsitzende hat es freundlicherweise schon angedeutet, in Buchenwald zusammen, das mit seiner doppelten Vergangenheit, auf die Semprun hingewiesen hat, an beide Diktaturen in Deutschland erinnert. Buchenwald, besser gesagt, das Binom Buchenwald ist der historische Platz, der diese doppelte Aufgabe am besten symbolisiert, die der Trauerarbeit um des Vergangenen kritisch Herr zu werden, die der Aufarbeitung von Grundsätzen für eine europäische Zukunft, damit die Irrtümer der Vergangenheit vermieden werden können. Das ist Zitat Semprun. Buchenwald, ein Steinwurf von Weimar entfernt, war eine der planmäßig als Hölle angelegten Gesellschaften, wie Robert Anthelme in seinem erschütternden literarischen Selbstzeugnis des Menschengeschlechts schreibt. Buchenwald war die Hölle, in der Opfer versklavt, bestialisch gequält, geschunden und getötet wurden, Buchenwald war der Ort, an dem das Grauen in menschenverachtender und demütigender Weise seinen Ausdruck fand, einge-

schmiedet in das Tor des Lagers der zynische Spruch: „Jedem das Seine“. In Buchenwald haben etwa eine Viertelmillion Häftlinge unter der Unmenschlichkeit der Täter gelitten und etwa 56.000 haben es nicht überlebt. Bei Nordhausen, in einem der vielen Außenlager von Buchenwald, kamen 20.000 Menschen aus ganz Europa in Mittelbau-Dora um. Eine furchtbare Stätte des Grauens. Jeder möge bitte verstehen, daß ich allen Aufforderungen dort technischen Fortschritt auszustellen, ein ganz entschiedenes Nein entgegensetze. So groß kann kein technischer Fortschritt gewesen sein, daß man ihn in Mittelbau-Dora darstellen könnte.

[Beifall]

Für andere Lager war im Frühjahr 1945 das Ende gekommen, nicht so Buchenwald. Zu unserer Erinnerung an Buchenwald gehört auch, daß nach 1945 Menschen auf dem Ettersberg unmenschlich behandelt wurden. Das Lager hieß ja nur deswegen Buchenwald, weil der erste Kommandant von Buchenwald an Himmler 1937 geschrieben hat, man könne das nicht Lager Ettersberg nennen wegen des Dichters Goethe und er erbete Weisung, wie man es nennen solle. Es kam die Weisung, es Buchenwald zu nennen. Aber dieses Buchenwald ist 1945 nicht untergegangen. Im sowjetischen Speziallager waren von 1945 bis 1950 etwa 28.000 Menschen ohne Prozeß interniert, über 7.000 von ihnen sind gestorben an Entkräftung, an Hunger, an Krankheit. In Buchenwald entwickelte die DDR ihre Geschichtslegende, das Unkraut ihrer Geschichtslegende. Der jüdischen Opfer als der größten Opfergruppe wurde auf der Straße der Nationen nicht gedacht, Israel ist erst nach 1990 dort eingefügt worden und das sowjetische Internierungslager hat es bis 1989 speziell nicht gegeben.

Gedenkstätten als Lernobjekte erinnern an die Verletzlichkeit von Freiheit und Demokratie und sie mahnen Zivilcourage, Toleranz und Respekt an. Sie sind keine Orte, an denen Geschichte abgelegt oder umgeschrieben werden darf. Die Glaubwürdigkeit der Gedenkstätten hängt entscheidend von dieser Unabhängigkeit und der Verpflichtung zur Wahrheit ab. Die Geschichte des Lagers Buchenwald mußte nach der Wende neu dokumentiert werden und die Instrumentalisierung mußte überwunden werden und mit Hilfe herausragender Historiker ist das auch gelungen. 1995 ist die Gedenkstätte und die Ausstellung über die Jahre bis 1945 anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung eröffnet worden. Natürlich muß das den Vorrang haben und natürlich ist das zweite Buchenwald ohne das erste Buchenwald nicht zu erklären. In diesem Jahr haben wir dann eben einige Jahre später die Ausstellung Speziallager II eröffnet. Damit hat das in der DDR motivierte Verschweigen endgültig ein Ende gefunden. Was wir jetzt noch wollen, ist eine dritte Darstellung, nämlich die Darstellung der Geschichte von Buchenwald in der Darstellung der DDR. Auch das halten wir für darstellens- und erhaltenswert, meine Damen und Herren. Buchenwald war ein Vorzeigeort im System des verordneten und staatlich zelebrierten Antifaschismus. Deswegen war für viele, die dort hin kamen, der Besuch der Gedenkstätte eben ein verordneter Besuch. Und um so erfreulicher

ist es, daß man heute feststellen kann, derzeit besuchen Buchenwald etwa 400.000 Besucher jährlich, mehr als zur Zeit der DDR.

Dieser Ettersberg, Goethe hat von ihm gesagt, hier fühlt man sich groß und frei, wie die große Natur, die man vor Augen hat, und wie man eigentlich immer sein wollte, dieser Ettersberg und das dem Verfall preisgegebene Schloss Ettersburg ist unseres Erachtens der richtige Ort, um in europäischer Dimension an Diktaturen und an die Überwindung der Diktaturen und der Gewinnung von Demokratie zu erinnern, natürlich vor allem in Deutschland, aber an alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Europa. Da muß man auch an Portugal, Spanien und an Italien denken und muß wohl auch Diskussionen, wie die, die gegenwärtig in Frankreich ausbricht, mit einbeziehen. Die Landesregierung von Thüringen hat deswegen eine Stiftung Schloß Ettersburg beschlossen, um am symbolträchtigen Ort das Wesen totalitärer Herrschaft und des Übergangs von Diktatur zu Demokratie in Europa des 20. Jahrhunderts dort zu lokalisieren. Ich habe den Wunsch, den ich jetzt äußere, schon öfters ausgesprochen: wir wünschen uns, daß diese Stiftung Ettersburg mit der gesamtdeutschen Stiftung, die Sie ins Leben rufen wollen und über die inzwischen Vorarbeiten vorliegen, zu einer Kooperation kommt und wir wären dankbar, wenn das bei der Ausarbeitung des Stiftungsgesetzes, was Sie vorhaben, berücksichtigt werden könnte und wenn es hier zu einem Zusammenwirken käme.

Richard von Weizsäcker hat 1985 von der Zuversicht gesprochen, daß der Untergang des Dritten Reiches und die Befreiung vom Nationalsozialismus nicht das letzte allen Deutschen gemeinsame Datum ihrer Geschichte sein sollte. Wir wissen, die Zuversicht war berechtigt, im Mai 1945 oder im Oktober 1990 war die Geschichte nicht zu Ende, sie hat allerdings auch nicht mit dem Mai 1945 und mit dem Oktober 1990 begonnen, wir tragen die Verantwortung für unsere gesamte Geschichte und diese spezifische Bürde kann uns niemand abnehmen, wir müssen sie annehmen und für die Zukunft fruchtbar machen. Meine Damen und Herren, die Deutschen in der DDR haben genauso deutsche Geschichte geschrieben, wie die Deutschen in der Bundesrepublik. Es gibt nicht eine deutsche Geschichte und ein Annex, sondern es gibt nur eine gemeinsame deutsche Geschichte, die wir uns gegenseitig erzählen müssen, obwohl das sehr schwer fällt, weil wir zu wenig voneinander wissen. Ganz unter dem Strich wissen bedauerlicherweise die Westdeutschen noch ein bißchen weniger über die Ostdeutschen als die Ostdeutschen über die Westdeutschen. Jedenfalls ist das meine Erkenntnis nach sechs Jahren Thüringen. Der Geschichtsschreiber und Geschichtsphilosoph Polybios, der 150 Jahre vor Christus lebte, hat in seinem Bild vom Verfassungskreislauf auf die Bedeutung der Erinnerung für ein Gemeinwesen verwiesen. Wenn Bürger einer guten politischen Ordnung das Bewußtsein vor den Ursprüngen ihres Systems verlören, dann sei der Boden für den Umschlag von einer guten in eine schlechte Verfassungsordnung bereitet. Auch hier wird deutlich, daß nicht Mechanismen der menschlichen Geschichte versagen, sondern die Menschen selber, wenn sie das Bewußtsein von den Ursprüngen ihres Systems verlieren. Und deswegen glaube ich, daß wir Verantwortung für unser Zusammenleben haben, daß wir es

sind, die die politische Kultur in unserer Gesellschaft gestalten. Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, nie wieder Totalitarismus bedeutet, sich nicht dem Engagement für die heutige Ordnung zu entziehen, sondern es bedeutet Verantwortung übernehmen. Wir haben die Pflicht zu erinnern, dem Vergessen zu wehren mit den Zeichen, die uns zur Verfügung stehen und nicht das unwichtigste Motiv, das vergessen zu wäre, rührt aus der Erfahrung dieses Jahrhunderts, das zu Ende geht, daß man den Anfängen wehren muß, wenn man eine gute Ordnung behalten will. Herzlichen Dank.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Ministerpräsident Vogel, herzlichen Dank für Ihren in viele Richtungen gehenden Vortrag und Ihre Vorschläge, die Sie uns zur weiteren Debatte gegeben haben. Die Diskussion, die wie vereinbart jetzt beginnt, wird von unserem Kollegen Hartmut Koschyk geleitet. Zeitlich können wir bis 13.15 Uhr gehen, so daß wir fast eine Dreiviertelstunde haben. Ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Koschyk.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank Herr Vergin, ich möchte gleich die erste Runde aufrufen und würde vorschlagen, daß zunächst Herr Gauck antwortet, weil ja aus der vorigen Runde, noch einige Fragen an ihn mit gestellt worden sind. Für die erste Runde rufe ich auf: Herr Poppe, Herr Professor Maser, Herr Meckel, Herr Professor Faulenbach und Herr Professor Weber.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann sehr vielem von dem, was Sie alle hier gesagt haben, zustimmen. Ich möchte aber noch einmal die Frage der Vergleichbarkeit aufwerfen, die vorhin schon kurz angerissen wurde. Mir hat sich der Vergleich zwischen den beiden Diktaturen immer aus mehreren Gründen aufgedrängt. Einmal weil der sogenannte Antifaschismus als Legitimationsgrundlage des SED-Regimes immer wieder vorgeholt und betont wurde. Das System mußte sich an diesem Anspruch messen lassen und infolgedessen drängte sich mir dieser Vergleich immer auf, auch aus biographischen Gründen. Die Frage, die Joachim Gauck seinen Eltern gestellt hat, habe ich auch meinen Eltern gestellt, aber ich habe sie auch deswegen gestellt, weil in meiner Schule und auf den Schulheften und überall das Bild von Stalin viele Jahre lang zu sehen war, und so habe ich auch die Frage nach Hitler gestellt. Ich kann direkt aus den Erfahrungen in meiner Kindheit ableiten, warum wir diese Dinge auch zusammen gedacht haben. Deshalb empfinde ich manchmal die Betonung der Unterschiedlichkeit als etwas übertrieben. Ich glaube, Gedenkstätten sollten wie alle Versuche der Aufarbeitung, egal ob justitiell oder parlamentarisch, ein Ziel haben: das ist das Ziel oder das ist die Aufgabe zu sagen „Nie wieder!“ Man sollte jede Gedenkstätte und jedes Dokumentationszentrum auch daran messen, inwieweit sie einer solchen Feststellung des 'Nie-wieder' gerecht werden, das ist auch eine Aufgabe im Blick auf künftige Generationen. Dazu gehört aber auch – wie vorhin schon von Herrn Faulenbach gesagt – die Erinnerung an die demokratischen Traditionen, an den Widerstand. Diese Aufgabe darf nicht verschwinden hinter der Dar-